

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatssekretär Georg Eisenreich

Abg. Kathi Petersen

Abg. Tobias Reiß

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Thomas Gehring

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

### **zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und**

### **Unterrichtswesen (Drs. 17/15166)**

#### **- Erste Lesung -**

Den Gesetzentwurf begründet Herr Staatssekretär Eisenreich. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des BayEUG ist nicht besonders umfangreich, enthält aber wichtige Gesichtspunkte. Drei möchte ich besonders hervorheben.

Ein Punkt ist die Verankerung der Beruflichen Oberschule im BayEUG. Bei uns gilt der Grundsatz, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertig sind. Die Berufliche Oberschule ist eine starke Säule der beruflichen Bildung. Sie hat sich sehr bewährt und hat großen Zuspruch gefunden. Wir verwenden den Begriff "Berufliche Oberschule" schon lange für die Berufsoberschule und die Fachoberschule. Diese organisatorische Zusammengehörigkeit soll nun auch mit der Bezeichnung "Berufliche Oberschule" im BayEUG verankert werden.

Der Gesetzentwurf enthält auch einige inhaltliche Änderungen. Ich nenne den erfolgreichen Schulversuch mit den neuen Ausbildungsrichtungen Gesundheit und Internationale Wirtschaft. Ebenso werden die Vorklassen an den Fachoberschulen gesetzlich geregelt.

Zweitens wollen wir eine Vereinfachung der Teilzeitausbildung in der Pflege. Bisher waren eine vorangegangene Berufstätigkeit oder die Führung eines Haushalts Voraussetzung für die Teilzeitausbildung. Diese Voraussetzungen werden nun aufgehoben. Damit wird die Teilzeitausbildung in der Pflege erleichtert.

Der dritte Punkt ist die Wahl der Klassenelternsprecher an den Förderzentren. Bisher gab es dafür keine eigene Regelung. Wir führen diese Wahl nun genauso wie an den Gymnasien, Realschulen und Wirtschaftsschulen ein.

Ich danke allen Verbänden, die sich an der Verbändeanhörung beteiligt haben. Die Rückmeldungen sind für uns immer sehr wichtig. Ich freue mich und bitte darum, dass der Gesetzentwurf dem Bildungsausschuss zur Beratung überwiesen wird.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatssekretär. – Ich eröffne die Aussprache. Als Erste hat Frau Kollegin Petersen von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Kathi Petersen (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatssekretär hat sich kurz gefasst, ich werde seinem Beispiel folgen. Bei diesem Thema gibt es weder zur Selbstbeweihräucherung der Regierungspartei noch zu massiver Kritik der Opposition, wie wir sie eben in der Aktuellen Stunde erlebt haben, Anlass. Aus unserer Sicht ist der Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen insgesamt unproblematisch und überwiegend sinnvoll. Dass redaktionelle Änderungen vorgenommen werden, ist einleuchtend.

Sie haben auch darauf hingewiesen, dass man den Begriff der Beruflichen Oberschule jetzt stärker verankert, um Fachoberschule und Berufsoberschule zusammenzufassen. Auch das ergibt Sinn. Wir begrüßen ausdrücklich, dass es keine zusätzlichen Voraussetzungen mehr für die Aufnahme einer Teilzeitausbildung geben soll. Dafür gab es schon bisher keinen sachlichen Grund. Wir sollten Teilzeitausbildung nicht unnötig erschweren. Gerade im Gesundheitswesen brauchen wir dringend mehr Personal und mehr gut ausgebildete Menschen. Daher ist die Erleichterung der Teilzeitausbildung in der Pflege von Vorteil.

Wir begrüßen auch die gesetzliche Verankerung der neuen Ausbildungsrichtungen Gesundheit und Internationale Wirtschaft. Wir erleben es öfter, dass Modellversuche nur verlängert werden oder ganz auslaufen. Hier werden Modellversuche gesetzlich verankert. Das ist sinnvoll. Wenn ich es richtig beobachte, gibt es auch schon genügend Studierende, die sich auf die Lehrtätigkeit in diesen Fächern vorbereiten.

Wir finden es auch vernünftig, dass die Vorklassen nun nach Beendigung des Schulversuchs institutionalisiert werden, weil viele davon profitieren und die Übergänge zwischen den einzelnen Schulsystemen besser geregelt werden. Insgesamt sind wir mit diesem Gesetzentwurf einverstanden. Wir werden sehen, wie wir im Ausschuss weiter diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Kollege Reiß von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Tobias Reiß (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatssekretär! Im Schulwesen geht es nie um den Umfang, sondern immer um Qualität.

(Beifall bei der CSU)

Diesen Anspruch bringen wir in der CSU-Fraktion auch immer zum Ausdruck. Liebe Frau Kollegin Petersen, das ist keine Selbstbeweihräucherung, sondern das sind Fakten, die wir auch bei diesem Gesetzentwurf betonen dürfen.

Dieser Entwurf wird auch dem Anspruch "Kein Abschluss ohne Anschluss" gerecht. Das ist ein Grundprinzip unserer Schulpolitik in Bayern, und dieses Grundprinzip wird von wenigen Schularten so verkörpert wie von der Beruflichen Oberschule, der Fachoberschule und der Berufsoberschule. Herr Staatssekretär hat es ausgeführt. Wir wollen einen Begriff, der sich in der Praxis schon durchgesetzt hat, auch im Gesetz verankern. Die Oberschulen FOS und BOS stehen in besonderer Weise für

Bildungsgerechtigkeit und die Differenziertheit unseres Schulwesens. Sie garantieren Schülerinnen und Schülern an Mittelschulen, Realschulen und Wirtschaftsschulen die Durchlässigkeit bis zur Universität.

Herr Kollege Gehring, wir haben erst kürzlich im Bildungsausschuss über Einzügigkeit und Zweizügigkeit diskutiert. Ich glaube, dass die Beruflichen Oberschulen auch im ländlichen Raum ein hervorragendes Angebot darstellen. Deshalb müssen wir darauf achten, dass dieses Angebot fachlich funktioniert. Wir müssen dabei immer zwischen der regionalen Anbietbarkeit und der fachlichen Geeignetheit abwägen. Ich glaube, darin sind wir uns einig. Damit stellt die Berufliche Oberschule in Bayern einen wichtigen Baustein in der Schullandschaft dar.

Frau Kollegin Petersen, Sie haben die zwei neuen Ausbildungsrichtungen Gesundheit und Internationale Wirtschaft erwähnt, die sich im Schulversuch durchgesetzt haben und jetzt als Regelangebot gesetzlich verankert werden sollen. Wir haben somit an der Beruflichen Oberschule sieben Ausbildungsrichtungen und ermöglichen damit noch mehr individuelle Entwicklungsmöglichkeiten. In der Ausbildungsrichtung Gesundheit kann man heute sogar bis zum Medizinstudium kommen. Das zeigt, dass die berufsorientierte Profilbildung und die Studienorientierung ein hochwertiges Bildungsangebot der Beruflichen Oberschule darstellen.

Um den Zugang zur Beruflichen Oberschule noch zu verbreitern, werden mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die Vorklassen an den Fachoberschulen als Regelangebot etabliert. Die Vorklassen können schon jetzt im Rahmen des erfolgreichen Schulversuchs an jeder staatlichen Fachoberschule eingerichtet werden. Damit werden Schüler mit Mittlerer Reife, die grundsätzlich das Potenzial zum Erlangen der Hochschulreife haben, noch besser auf den Oberstufenunterricht vorbereitet.

Weitere Änderungen im Gesetzentwurf sind angesprochen worden. Die bisherigen Voraussetzungen für die Aufnahme einer Teilzeitausbildung an den Berufsfachschulen in der Pflege werden ersatzlos gestrichen. Damit werden die Möglichkeiten zur Auf-

nahme einer Teilzeitausbildung in diesem wichtigen Fach verbessert. Das wird von uns unterstützt.

An den Förderzentren gibt es aktuell noch keine eigene Regelung für die Wahl von Klassenelternsprechern. Das stärkt die Elternrechte und wird von uns ebenfalls unterstützt.

Der Gesetzentwurf stellt insgesamt eine fachlich und rechtlich gebotene Anpassung dar. Er eröffnet den Eltern an den Förderschulen mehr Mitsprache. Er erweitert in der Berufsbildung die Chancen der Schüler. Ich gehe davon aus, dass der Gesetzentwurf im Bildungsausschuss und in den anderen Ausschüssen große Zustimmung erfahren wird.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Kollege Prof. Dr. Piazolo von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir unterhalten uns heute über die Fachoberschule und die Berufsoberschule. Diese Schularten sind sehr attraktiv. An dieser Stelle sollte gesagt werden, dass diese Schularten teilweise etwas aus dem Fokus geraten sind. Ich will jedoch die Gelegenheit ergreifen, denjenigen, die in diesen Schulformen tätig sind, für ihre tagtägliche Leistung zu danken. Das sind vor allem die Lehrer.

Der uns vorliegende Gesetzentwurf enthält ein paar redaktionelle Änderungen. Von den Vorrednern ist hierzu schon einiges gesagt worden. Wir FREIE WÄHLER halten die Änderungen für sinnvoll und werden diesen auch zustimmen.

Ich habe erwähnt, dass die beiden Schularten etwas aus dem Fokus geraten sind. Das liegt sicherlich an der aktuellen Entscheidungsverstopfung bei der CSU-Fraktion

und der Staatsregierung im Hinblick auf G 8 und G 9, die sich hoffentlich bald auflöst. Herr Kollege Reiß hat bereits angesprochen, dass es immer um Qualität geht. Die Qualität kann man noch steigern. Deshalb will ich die Gelegenheit ergreifen, um ein paar Ideen in den Raum zu stellen, wie man die Schularten FOS und BOS stärker machen kann. Mir erscheint das zusätzlich zu den redaktionellen Änderungen notwendig für die nächste Zeit.

Sollte sich die CSU-Fraktion auf dem Weg zu einem neunjährigen Gymnasium befinden, wie dies die Auguren der Medien verkünden, müssen die Auswirkungen auf die FOS und die BOS ermittelt werden. Wird es Veränderungen geben? Wie reagiert man? – Zu diesem Punkt sind schon Sorgen geäußert worden.

Das Übergangsmanagement von der Realschule zur Fachoberschule ist entscheidend. Dort kann man an der einen oder anderen Stelle noch etwas verbessern. Das Prinzip "Kein Abschluss ohne Anschluss" wurde bereits genannt. Das sehe ich genauso. In Bayern funktioniert zwar sehr viel, aber einiges kann man noch besser machen. Ich halte das Kooperationsmodell in Memmingen für sehr gut. Dort arbeiten Realschulen und Fachoberschulen sehr eng zusammen. Dies könnte man zum Vorbild für andere Regionen Bayerns machen.

Ich freue mich, dass die Wirtschaftsministerin da ist. Sie wird das sicherlich gerne hören. Zur Stärkung der MINT-Fächer tragen auch die FOS und die BOS bei. Es liegt jedoch noch das eine oder andere im Argen. Die Schüler von Technik zu überzeugen, ist nicht immer leicht. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft könnte mehr getan werden. Die Kooperation zwischen Wirtschaft und Fachoberschulen und Berufsoberschulen ist zwar gut, die Zusammenarbeit könnte jedoch noch verbessert werden. Zu nennen ist der Berufliche TUM-Schulcluster Straubing, der vorbildlich funktioniert und auch in anderen Gebieten Bayerns gestärkt werden könnte.

Mir sind zwei Punkte besonders wichtig. Dazu zählt erstens der Auslandsaufenthalt. Nicht nur über das Gymnasium, sondern auch über die FOS und die BOS sollten mehr

Schüler ins Ausland gehen. Das könnte man durch entsprechende Förderprogramme unterstützen.

Zweitens gehen im Zuge der verstärkten Migration immer mehr Schüler nicht nur auf die Mittelschule, sondern auch auf die FOS und die BOS. Aus meiner Sicht ist es notwendig, die Anzahl der Lehrer für Deutsch als Fremdsprache oder Deutsch als Zweitsprache zu erhöhen.

Alles in allem handelt es sich bei der FOS und der BOS um attraktive Schulen. Man kann sie aber noch attraktiver machen. Sicherlich reicht der Gesetzentwurf hierfür nicht aus. Darin geht es um redaktionelle Änderungen. Wir FREIE WÄHLER stellen jedoch eine Reihe von Forderungen, die man in den nächsten Wochen und Monaten voranbringen kann, um den Schulformen FOS und BOS den Platz einzuräumen, den sie verdient haben. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten zum neunjährigen Gymnasium sind diese Schulformen in der Öffentlichkeit nicht immer präsent.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön. – Als Nächster hat Herr Kollege Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass heute einmal die Fachoberschulen und Berufsoberschulen im Fokus stehen und wir im Landtag darüber reden. Der Gesetzentwurf ist sicherlich schlank, aber deswegen ist er vielleicht auch fit. Es ist auf jeden Fall gut, dass wir darüber reden. In den Fachoberschulen und Berufsoberschulen wird gute Arbeit geleistet. Diese Schulformen stellen einen wichtigen Bildungsgang dar. Mit Blick auf unsere Besuchergruppe möchte ich hervorheben, dass an den Fachoberschulen mittlerweile Flüchtlingsklassen gebildet werden. Ich danke allen, die an diesen Schulen tätig sind, für ihre Arbeit. Sie sind wichtig für das bayerische Bildungssystem.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Gesetzentwurf geht es um redaktionelle Änderungen sowie Namensgebungen. Dazu möchte ich eine Anmerkung machen. Das berufliche Schulwesen ist sehr komplex und kann der Öffentlichkeit nur schwer vermittelt werden. Viele Begriffe werden nicht verstanden. Kaum jemand kann diese Begriffe auseinanderhalten. Bei der Vermittlung, worin sich Fachoberschule, Berufsoberschule und Berufliche Oberschule unterscheiden, sind wir nicht weitergekommen. Außerdem wird nicht klar, warum die Berufsoberschule und die Berufliche Oberschule das Gleiche sind. Die Begriffe führen nicht dazu, dass das berufliche Schulsystem besser verstanden wird. Man hätte die Begriffe so ändern sollen, dass die Schulen davon profitieren und besser vermittelt wird, was an diesen Schulen geleistet wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einführung der neuen Zweige Gesundheit und Internationale Wirtschaft begrüßen wir. Herr Kollege Reiß hat das Thema bereits angesprochen. Wir haben im Ausschuss schon darüber geredet. Werden die Rahmenbedingungen für diese neuen Zweige jedoch so gestaltet, dass sie vor allem im ländlichen Raum nicht zustande kommen können, existieren sie entweder nur auf dem Papier oder in Ballungsräumen. Wenn das Gesetz nicht umgesetzt werden kann, ist es tatsächlich kein gutes Gesetz. Wir müssen an den Rahmenbedingungen zur Umsetzung dieser neuen Zweige arbeiten, damit sie tatsächlich zustande kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Möglichkeit einer Vorklasse an der FOS ist positiv zu werten. Das wird jetzt gesetzlich verankert. Im Ausschuss werden wir über die Schulordnung und die Lehrpläne reden müssen. Im Ausschuss haben wir sicherlich noch etwas dazu zu sagen.

Wir begrüßen die Regelung, dass für eine Teilzeitausbildung in der Pflege die Aufnahmevoraussetzungen einer vorangegangenen Berufstätigkeit oder des Führens eines Haushalts abgeschafft werden. Das ist eine Möglichkeit, um mehr Pflegekräfte zu gewinnen. Wir GRÜNE haben das gefordert. Ich finde es schön, dass Sie diese Forderung jetzt aufnehmen. Das ist ein Erfolg für die Politik der GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Regelung für Klassenelternsprecher an Förderzentren ist längst überfällig. Deshalb ist es gut, dass die Regelung nun in diesem Gesetzentwurf steht. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist das so beschlossen.